

André Bank / Cilja Harders

Irak-Effekte: Regionale Neuordnung, translokale Mobilität und Flüchtlingskrise im Nahen Osten

I. Einleitung: Jenseits des Demokratiedominos

Fünf Jahre nach Beginn des Irakkrieges am 20. März 2003 muss das Projekt des gewaltsamen Regimewandels und der militärisch forcierten Demokratisierung an Euphrat und Tigris als gescheitert gelten. Der amerikanische Versuch einer globalen Neuordnung nach dem 11. September 2001 im Rahmen des „Krieges gegen den Terror“, die gescheiterte Demokratisierung der Region nach dem „Dominoprinzip“ und das anhaltend hohe Gewaltniveau im Irak sind relevante globale und nationale „Irak-Effekte“. Sie verstellen aber den Blick auf vielfältige Entwicklungen auf der lokalen und regionalen Ebene, die im Folgenden erstmals in einen analytischen Zusammenhang gestellt werden sollen.

In Amman und Damaskus, Zarqa oder Qamishli sind es vor allem Flüchtlinge, Geschäftsleute, kurdische und islamistische Aktivisten und Aktivistinnen, die neben internationalen Organisationen, staatlichen Sicherheitsdiensten und nicht-staatlichen Gewaltakteuren translokale Handlungsräume zur Verfolgung und Durchsetzung ihrer Interessen nutzen. Denn globale Großereignisse treffen nicht auf lokale Vakuü, sondern werden vor Ort in zumeist widersprüchlicher Weise in politisches Handeln umgesetzt. So betrachtet, rücken dort andere Irak-Effekte in den Vordergrund: regionale Neuordnungsprozesse und, eng damit verknüpft, die Flüchtlingsfrage sowie neue Formen grenzüberschreitender Mobilität und politischer Mobilisierung.

Zentraler Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass auf der nationalstaatlichen Ebene außerhalb des Irak der wichtigste Irak-Effekt ein Nicht-Ereignis ist: Anstelle des erhofften Demokratisierungsdominos zeigt sich die Stabilisierung autoritärer Regime in der Region. Auf der regionalen und lokalen Ebene hat der Krieg jedoch Maßgebliches bewirkt, so unsere These: Erstens eine regionale Neuordnung im Nahen Osten, die durch eine generelle Gewalteskalation, den Aufstieg Irans zur Regionalmacht und eine Verstärkung bipolarer Politikmuster gekennzeichnet ist. Auf den lokalen Ebenen haben sich zweitens mit dem Irakkrieg neue grenzüberschreitende, translokale Verflechtungen zwischen radikal-islamistischen Gruppierungen, kurdischen Aktivisten, aber auch zwischen Geschäftsleuten herausbilden und konsolidie-

ren können. Nicht-staatliche Gruppen und Netzwerke stiegen zu eigenständigen Akteuren auf, die weit über ihr angestammtes nationales Umfeld hinaus Wirkung entfalten. Drittens hat der Krieg – vor Ort besonders sichtbar, aber im Westen noch immer stark vernachlässigt – eine massive Flüchtlingskrise hervorgerufen, die lokale Strukturen im Irak selbst und in den Nachbarstaaten Jordanien und Syrien transformiert. Veränderte translokale Mobilisierungen gehören deshalb zu den wichtigsten, aber weitgehend nicht thematisierten direkten Irak-Effekten in der Region. Um diese direkten und indirekten Irak-Effekte angemessen erfassen zu können, werden sie in Teil II kontextualisiert. Teil III untersucht die aus unserer Sicht zentralen Irak-Effekte auf der regionalen und lokalen Ebene und Abschnitt IV bündelt die Ergebnisse mit Blick auf ihre politischen und politikwissenschaftlichen Implikationen.

II. Ebenen und Strukturen nahöstlicher Politik

Die hier im Vordergrund stehenden regionalen und lokalen Irak-Effekte sind sinnvoll nur im Kontext einer Mehrebenenperspektive auf nahöstliche Politik zu erfassen. Es wird zwischen den (1) internationalen, (2) regionalen, (3) nationalstaatlichen und (4) lokalen Ebenen von Politik sowie den beiden Querschnittsphänomenen Rentierismus und kulturell-religiöse Identitätsdiskurse differenziert. Damit wird eine Perspektive verfolgt, die in Anlehnung an Jean-François Bayarts Ansatz einer „Politik von Unten“ sozialen und politischen Wandel jenseits nationaler Eliten untersucht (vgl. Bayart/Mbembe/Toulabor 1992; Harders 2002).

Eine solche Analyse der widersprüchlichen Aushandlungsprozesse um Hegemonie auf der regionalen und lokalen Ebene erlaubt ein komplexeres Verständnis von Staatlichkeit in der Region, indem Veränderungen von Regional- und Lokalpolitik analytisch erfasst und gleichberechtigt in den Blick genommen werden. Sie leistet damit zugleich einen wichtigen Beitrag zur Überwindung des gängigen „methodologischen Nationalismus“ der vergleichenden Nahostforschung mit dessen Fokussierung auf autoritäre Regime (Bank 2007b, S. 54-58).

Als breiter Analyserahmen ist die Mehrebenenperspektive zudem geeignet, politisch und politikwissenschaftlich marginalisierte Akteure, die jedoch zentral für das Verständnis von sozio-politischem Wandel jenseits der Frage nach Regimewechsel sind, systematisch einzubeziehen. Angesichts der autoritären Stagnation auf der Regimeebene, die jedoch von massiven sozialen, kulturellen und ökonomischen Transformationen in den Staaten der Region begleitet wird, ist es zentral, genau diese Transformationsprozesse heuristisch und analytisch zu erfassen. Dies wird in Teil III beispielhaft entlang der Frage untersucht, wie sich der Irakkrieg auf regionale und lokale Handlungskontexte und Akteurskonstellationen ausgewirkt hat. Da diese regionalen und lokalen Irak-Effekte jedoch weder gänzlich unabhängig von den Effekten auf der internationalen und nationalen Ebene, noch von historisch gewachsenen

Strukturen nahöstlicher Politik verstanden werden können, sollen sie hier mit Blick auf zentrale Strukturen und Akteure kurz skizziert werden.

(1) Die *internationale* Ebene ist durch die kooperativen oder konfliktuösen Beziehungen dreier Akteurstypen bestimmt: Nationalstaaten, internationale Organisationen und internationale nicht-staatliche Gruppen und Netzwerke. Die zwischenstaatlichen Beziehungen sind nicht erst seit der militärischen Intervention im Irak stark vom Verhältnis zu den USA dominiert. Dabei ist in der Forschung umstritten, wie viel regionale und nationalstaatliche Autonomie die Staaten gegenüber externen Interventionen behaupten können (siehe Beck 2005; Hudson 1999; Nonnemann 2005). Die US-amerikanischen Interessen beim Zugang zu Öl und beim Schutz des Staates Israel bedeuten für die arabischen Staaten zum Teil weitgehende Restriktionen bei der Verfolgung einer eigenständigen Politik. Stabilitätserwägungen, Rücksichtnahme auf Verbündete und regionale Eigenlogiken verschaffen den jeweiligen Akteure jedoch erhebliche Handlungsspielräume, die sich im für die Region so zentralen Phänomen des Rentierismus spiegeln, das nicht nur Ölrenten, sondern auch politische Renten in Form von Entwicklungs- und Militärhilfe umfasst (vgl. Pawelka 2002).

Diese strukturelle Dynamik von relativer Autonomie und Dependenz bestimmt die internationalen Beziehungen der arabischen Staaten einerseits auch nach dem 11. September 2001. Andererseits lässt sich in Folge des „Krieges gegen den Terror“ eine signifikante Militarisierung der amerikanisch-arabischen Beziehungen beobachten. Die Konstruktion einer „Achse des Bösen“, die Politik der gewaltvollen Regimewechsel im Irak und in Afghanistan und die langfristige militärische Präsenz in diesen Staaten, das bedrohliche Konzept prä-emptiver Schläge und eine generell konfrontative Haltung sind Kennzeichen dieser außenpolitischen Neuorientierung: Erstmals seit dem Ende der Kolonialzeit ist der arabische Nahe Osten mit umfassender externer militärischer Intervention und direkter langfristiger Besatzung konfrontiert (vgl. Perthes/Schlumberger 2007, S. 28). Diese Entwicklungen stoßen in der Region auf wachsende Kritik, die wiederum im Kontext sich gegenseitig verschärfender Identitätszuschreibungen und Stereotypisierungen zwischen „dem Westen“ und „dem Islam“ zu sehen sind.

(2) Auf der *regionalen* Ebene agieren Staaten, regionale Organisationen und nicht-staatliche Akteure in diesem Raum, der auch Israel und die Türkei umfasst, jedoch mit Blick auf die arabischen Staaten durch den Bezug auf eine gemeinsame „arabische“ Identität und Sprache, Kulturgeschichte, geografische Nähe sowie erhöhte wirtschaftliche, politische und militärische Interaktionsdichte definiert ist. Dabei lassen sich drei Kernmerkmale der Region herausheben: Schwache regionale Institutionen, bis 2001 weitgehend stabile Konfliktkonstellationen und relativ schwache sozio-ökonomische Interdependenzen (vgl. Perthes 2000; Harders 2008). Zum Teil in Konkurrenz zum Staat agieren nationalstaatlich verankerte, jedoch regional und

translokal vernetzte Akteure, darunter innerarabische Migranten und Flüchtlinge, die islamistische Bewegung und – als eher schwächere Gruppe – die Menschenrechtsbewegung.

(3) Auf der *nationalstaatlichen* Ebene gilt der Primat der Regimestabilität, dem alle außen- und regionalpolitischen Erwägungen auch nach 2001 tendenziell untergeordnet werden. Die Dauerhaftigkeit des arabischen Autoritarismus ist, sozialen und ökonomischen Krisen zum Trotz, weitgehend ungebrochen (vgl. Schlumberger 2007). Mangelnde soziale und wirtschaftliche Teilhabemöglichkeiten aller Bevölkerungsgruppen sowie gravierend eingeschränkte bürgerliche Freiheitsrechte werden durch klientelistische und wohlfahrtsstaatliche Allokation kompensiert (vgl. Arab Human Development Report 2004). Diese autoritären Sozialverträge ruhen – zumal bei hohen Ölpreisen – auf dem Zugriff der Regime auf politische und ökonomische Renten. Ausnahmen von der Regel des stabilen Autoritarismus sind die palästinensischen Gebiete, der Libanon und der Irak, die infolge innerer und regionaler Gewalteskalation in unterschiedlichem Maß von Legitimationsverlust und Staatszerfall bedroht sind. Zudem hat sich der massive amerikanische und europäische Demokratisierungsdruck, der die Jahre zwischen 2001 und 2006 kennzeichnete, seit den Wahlerfolgen der islamistischen Hamas in Palästina und der ägyptischen Muslimbruderschaft merklich abgeschwächt.

(4) Die *lokale* politische Ebene in den autoritären Regimen ist durch eine ambivalente Struktur gekennzeichnet: einerseits verfügt sie nicht über formale Autonomie, andererseits zeigen sich hier weitreichende Erosionsprozesse klientelistischer autoritärer Herrschaft. Die lokale Ebene ist durch eine Verschränkung formaler und informeller Institutionen geprägt, durch die politische und soziale In- und Exklusion im autoritären Sozialvertrag organisiert wird. Lokalen Notabeln kommt als Vermittlungsinstanzen eine wichtige formale und informelle Rolle als Knotenpunkten für nationale und translokale Netzwerke zu.¹ „Staat“ zeigt sich jenseits der politischen und wirtschaftlichen Zentren des Landes vor allem als lokaler Sicherheitsapparat, aber auch durch wohlfahrtsstaatliche Leistungen (Harders 2002, S. 189 ff.). Die spezifischen lokalen Akteurskonstellationen prägen die Möglichkeiten translokaler Mobilität, wie im Folgenden am Beispiel von Geschäfts- und Gewaltbeziehungen der irakischen Nachbarstaaten Syrien und Jordanien genauer gezeigt wird.

Die Irak-Effekte lassen sich empirisch nicht eindeutig analytisch-räumlich abgrenzen. Dies zeigt sich eindrücklich an den beiden Querschnittsphänomenen nahöstlicher Politik – dem Rentierismus sowie den kulturell-religiösen Identitätsdiskursen. Die in der Region verbreiteten Rentenökonomien bilden einen stabilen mate-

1 Unter Translokalität werden „Phänomene verstanden, die als Ereignisse von Zirkulation und Transfer gesehen werden können, die also aus konkreten „Bewegungen“ von Menschen, Gütern, Ideen und Symbolen hervorgehen, soweit diese mit einer gewissen Regelmäßigkeit räumliche Distanzen und Grenzen überwinden“ (Freitag 2005, S. 2).

riellen Strukturkontext, der wesentlich auf Rohstoffen (Öl, Gas, Mineralien) und auf der Einwerbung externer politischer Renten von den USA, Europa und von arabischen Gebern beruht (vgl. Pawelka 2002). Die in der Folge des Irakkrieges gestiegenen Ölpreise haben die Regime von innerem und äußerem Reformdruck entlastet. Jenseits dessen ist jedoch erst in Ansätzen erforscht, wie sich die zum Teil übervollen Staatskassen auf lokale Strukturen auswirken, etwa auf die lokale Geschäftswelt, auf Schmuggel oder Subventionspolitik (vgl. Parker/Moore 2007). Auf der diskursiven Seite ist das Ideal der arabischen Einheit in seiner säkularen Form als arabischer Nationalismus und Panarabismus und in seiner religiösen Form als Bezug auf die muslimische *umma* besonders wichtig für die öffentlichen Debatten in der Region. Durch den „Krieg gegen den Terror“ wurden insbesondere die religiösen Normen in Abgrenzung zu einem als ungerecht, imperial und gewaltvoll empfundenen „Westen“ gestärkt (Hinnebusch 2005, S. 154, 161-169). Die diskursiv-identitäre Seite nahöstlicher Politik lässt sich, ebenso wie die materielle, in unterschiedlicher Weise auf den Handlungsebenen wiederfinden.

III. Irakkrieg und Irak-Effekte im Nahen Osten

Wie wirkt in diese Grundstruktur nun der Irakkrieg hinein, welche „Effekte“ lassen sich beobachten?

Auffällig sind die Veränderungen auf zwei Ebenen, der internationalen – vor allem hinsichtlich der neuen Rolle der USA in der Region – und der nationalstaatlichen hinsichtlich des Iraks und seiner arabischen Nachbarn (vgl. dazu Fawn/Hinnebusch 2006; Dodge 2005). Wir konzentrieren uns auf drei Irak-Effekte auf den weniger beachteten regionalen und lokalen Ebenen im Nahen Osten: den Wandel regionaler Ordnung, die translokale Mobilität von radikalen Islamisten und Islamistinnen, Geschäftsleuten und kurdischen Aktivisten sowie die Flüchtlingsfrage.

III.1 Wandel der regional-nahöstlichen Ordnung

Irak-Effekte auf der regionalen Ebene haben sich durch die seit Beginn des Krieges anhaltende Gewalt beschleunigt und verstärkt, wie sich an der eskalierenden innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Gewalt im Irak, im Libanon und in Israel/Palästina zeigt. Im Libanon hat es seit dem syrischen Abzug 2005 nicht nur teilweise gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen pro- und anti-syrischen Kräften gegeben, sondern auch eine zwischenstaatliche kriegerische Auseinandersetzung zwischen Israel und der Hizballah im Sommer 2006. Seit den palästinensischen Wahlen vom Januar 2006 eskalieren die innerpalästinensischen Auseinandersetzungen im Westjordanland und dem Gaza-Streifen bei anhaltender Konfrontation mit den israeli-

schen Streitkräften. In vielen anderen arabischen Staaten ist es nach 2001 zudem zu islamistischen Anschlägen gekommen.

Diese Gewalteskalation ist zum Teil direkt auf die Intervention in den Irak zurückzuführen, zum Teil greifen regionale Dynamiken und innenpolitische Prozesse verstärkend ineinander, wie sich am Beispiel Israels/Palästinas einerseits und Syriens andererseits zeigen lässt. Der israelisch-palästinensische Konflikt wurde von den Folgen des „Krieges gegen den Terror“ zunächst weniger beeinflusst als vom Beginn der zweiten Intifada im Jahr 2000 und dem Scheitern zentraler Friedensgespräche im selben Jahr. Allerdings ermöglichte es die konfrontative US-Außenpolitik in der Region Israel, die eigene Auseinandersetzung mit Hamas und Hizballah diskursiv in den Kontext des internationalen Anti-Terror-Kampfes zu stellen.

Im Falle Syriens lässt sich ein direkter Irak-Effekt zeigen, da der durch die USA, EU und die UN erzwungene syrische Abzug aus dem Libanon unmittelbar auf die syrische Ablehnung des Irakkrieges und die spätere Duldung der Organisation und Unterstützung des gewaltvollen Widerstands gegen die amerikanische Besetzung von syrischem Territorium aus zurückzuführen ist. Dies wiederum hatte eine erhebliche innenpolitische Destabilisierung des Libanon zur Folge, der sich seither im Konflikt zwischen pro- und anti-syrischen Kräften – zum Teil mit Massenprotesten und Gewalt – befindet (Ottaway u.a. 2008, S. 10-14). An dieser Konfliktkonstellation hat auch die kurzfristige Entspannung in Folge der Berufung des neuen Präsidenten Michel Sulaiman im Mai 2008 grundsätzlich wenig geändert.

Die arabischen Staaten stehen zwar im Zentrum dieser Entwicklungen, können sie als kollektive Akteure z. B. in den regionalen Organisationen jedoch nur am Rande gestalten (Harders 2008, S. 43 ff.). So blieben beispielsweise dem Treffen der Arabischen Liga in Damaskus im März 2008 die Regierungschefs der als „gemäßigt“ geltenden Staaten Ägypten, Bahrain, Irak, Jemen, Jordanien, Libanon, Marokko, Oman und Saudi-Arabien fern, weil zum Umgang mit der libanesischen Regierungskrise trotz eines Vermittlungsvorschlages der Arabischen Liga keine gemeinsame Position gefunden werden konnte. Auch der saudische Versöhnungsversuch zwischen Hamas und Fatah vom Januar 2007 konnte keinen langfristigen Waffenstillstand begründen und der jemenitischen Initiative vom März 2008 wird ebenfalls keine nachhaltige Chance eingeräumt.

Der zweite Irak-Effekt, der Aufstieg des Irans zu einer Regionalmacht nicht nur am Persischen Golf, sondern darüber hinaus zu einem nahöstlichen Akteur, zeigt eine veränderte Konfliktstruktur (Asseburg/Steinberg 2007, S. 7-9). Die alten Hegemonialkonflikte zwischen Syrien, Irak, Saudi-Arabien und Ägypten sind durch die amerikanische Truppenpräsenz und die Ausschaltung des Irak als eigenständigem Akteur vorläufig nur latent vorhanden. So wird der Iran durch den Wegfall seines wichtigsten regionalen Konkurrenten Irak gestärkt und das innenpolitische Klima im Iran ist heute repressiver als 2001. Hierin liegt ein zentraler nicht intendierter Irak-Effekt, denn geplant war ein „Demokratiedomino“, das den Iran einschließen sollte.

Außenpolitisch hat sich der Iran in der Konfrontation mit den USA, unter anderem über die Atompolitik, stark profiliert (Ottaway u.a. 2008, S. 8). Er wird deshalb von großen Teilen der arabischen Öffentlichkeit allen traditionellen sunnitisch-schiitischen Differenzen zum Trotz als bedeutsamer Akteur islamischen Widerstandes gegen externe Interventionen wahrgenommen und genießt so, ebenso wie die Hizballah, hohe regionale Glaubwürdigkeit (Valbjørn/Bank 2007, S. 11).

Der Iran kann sich – ebenso wie die USA – nun auch als quasi-innenpolitischer Akteur im von Gewalt und Staatszerfall geprägten Irak profilieren, indem er militante Gruppen unterstützt und ausrüstet. Dies wurde auch als Aufstieg eines so genannten „schiitischen Halbmondes“ – eine Formulierung des jordanischen Königs Abdallah vom Dezember 2004 – beschrieben (siehe Nasr 2006). Die vielfältigen gegenseitigen Bezüge der militanten Gruppen aufeinander und die explizite iranische Unterstützung für Hamas und Hizballah stützen diesen Eindruck. Sie dürfen aber angesichts tiefer Spaltungen unter den schiitischen politischen Akteuren im Irak nicht überschätzt werden, die iranischen Plänen durchaus ambivalent gegenüberstehen. Schiiten stellen zudem nur in Aserbaidschan, Bahrain, Irak und Iran eine Bevölkerungsmehrheit. Zugleich ist ein großer Teil der sunnitischen Jihadis, darunter die al-Qa'ida, vertreten durch Zarqawi, von anti-schiitischen Motiven geprägt (zum Jihad-Konzept im Bezug auf den Irak vgl. Steinberg 2005, S. 197 ff.). Die anhaltende konfessionalistische Gewalt im Irak ist dafür ein Ausdruck. Insofern zeigt sich hier ein widersprüchlicher Irak-Effekt: einerseits die Überwindung des klassischen Gegensatzes zwischen Sunniten und Schiiten, indem der Iran als Regime und schiitische Gruppierungen wie die Hizballah ideologisch als letzte Bastion des Widerstandes anerkannt und aufgewertet werden. Andererseits ist es gerade die sunnitisch-schiitische Dichotomisierung, die einen Teil des transnationalen Terrorismus und der Gewalt im Irak antreibt.

Mit diesen Entwicklungen ist der dritte Irak-Effekt verbunden, die zunehmende Polarisierung der regionalen Beziehungen auf der diskursiv-identitären Ebene. Dies ist – wie wir aus der Friedens- und Konfliktforschung wissen – eine wenig überraschende Konsequenz in einem Klima von Eskalation und Konfrontation. So vertieft sich der Gegensatz zwischen den besonders artikulierten pro-westlichen Regimen wie Ägypten, Saudi-Arabien, Jordanien und den Vereinigten Arabischen Emiraten auf der einen und anti-westlichen Gruppen wie Hizballah und Hamas sowie Regimes wie Syrien und Iran auf der anderen Seite. Diese Polarisierung manifestierte sich auch im Libanonkrieg 2006: Ägypten, Saudi-Arabien und Jordanien ließen überraschend deutliche Kritik an der Rolle Hizballahs bei der Provokation der israelischen Offensive anklingen. Hintergrund war die Sorge über die wachsende politische Strahlkraft der schiitisch-islamistischen Hizballah in den eigenen Staaten, nicht nur bei den schiitischen Minderheiten. Denn die Organisation ging zwar militärisch geschwächt, aber politisch deutlich gestärkt aus dieser Konfrontation hervor (Valbjørn/Bank 2007, S. 6 ff.).

Innenpolitisch verstärkt sich der Widerspruch zwischen öffentlicher Meinung

und Regierungshandeln. Der Irakkrieg hat das außenpolitische Legitimitätsdefizit vieler arabischer Regime angesichts wachsender arabisch-islamischer Identitäts- und Solidaritätsdiskurse seitens der Bevölkerungen sichtbar verschärft (Harders 2008, S. 38 ff.). Ausnahme ist hier Syrien, das den Irakkrieg abgelehnt hat. Die klassischen Legitimationsstrukturen der übrigen arabischen autoritären Regime geraten jedoch durch die große Kluft zwischen panarabischem Anspruch und der damit im Widerspruch stehenden Wahrung nationalstaatlicher Eigeninteressen zunehmend unter Druck.

III.2 Translokale Mobilität: Akteursnetzwerke zwischen Irak und dem „nahen Ausland“

Vor dem Hintergrund dieses regionalen Ordnungswandels entsteht eine vom Irakkrieg ausgehende Re-Konfiguration *lokaler* Politik im Nahen Osten. Drei Formen translokaler Mobilität, die durch den Irakkrieg verstärkt wurden und die sich zwischen lokalen Ebenen in Irak, Jordanien und Syrien verorten lassen, haben wir herausgearbeitet: Die Verflechtungen radikal-islamistischer Gruppierungen, die grenzüberschreitenden Verbindungen von Geschäftsleuten und die Netzwerke kurdischer Aktivisten.²

(1) Die Netzwerke radikal-islamistischer Gruppierungen – mit so prominenten Führungsfiguren wie Abu Mus‘ab az-Zarqawi – stellen die sichtbarste Form translokaler Verflechtung im Nahen Osten dar (vgl. Brisard 2005; Steinberg 2005), weil die primär sunnitisch-terroristischen Gewaltaktionen im Irak auf der internationalen, über den Nahen Osten hinaus reichenden Ebene wahrgenommen werden. Die Entstehung und Verstärkung von gewalttätigen Gruppierungen wie Zarqawis „Al-Qa‘ida im Irak“ ist ein *direkter* Irak-Effekt und somit eine unmittelbare Folge der Kriegs- und Besatzungssituation seit März 2003. Der von der US-Administration im Vorfeld des Kriegsbeginns kolportierte Vorwurf, das irakische Regime unter Saddam Hussein hätte mit al-Qa‘ida kooperiert, hat sich bis dato als haltlos erwiesen. Trotz früherer grenzüberschreitender Kontakte, vor allem zwischen arabischen Islamisten in Afghanistan, eröffnete erst der Irakkrieg grundlegend neue „Entfaltungsmöglichkeiten“ für Jihadis im Nahen Osten. Wie Guido Steinberg herausstellt, muss der „lokalen Verankerung in den Herkunftsgesellschaften ihrer Aktivisten“ (2005, S. 9) verstärkt nachgegangen werden, um die Dynamiken und Widersprüchlichkeiten gewaltsam-terroristischer Praktiken im Irak adäquater erfassen zu können. Iraks Nach-

2 Die folgenden empirischen Erkenntnisse stützen sich auch auf Interviews, die im Mai/Juni 2006 und Mai/Juni 2007 jeweils in Amman/Jordanien und Damaskus/Syrien mit Journalist/innen, Mitgliedern islamistischer Organisationen, Repäsentant/innen von Flüchtlingsorganisationen sowie einer syrischen Anwältin, die kurdische Aktivist/innen vertritt, durchgeführt wurden.

barn Jordanien, Libanon und Syrien kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. So existieren vielfältige verwandtschaftliche und freundschaftliche Netzwerke zwischen schiitischen Akteuren im Libanon, die im Irak ihr Studium absolvierten. Im syrischen Aleppo organisierten lokale sunnitische Notabeln Massenhochzeiten für Jihadis, die nach der Eheschließung direkt in den Irak zu Kampfeinsätzen aufbrachen (Leenders 2007, S. 962). Hier stellt die lokale Ebene einen Handlungsraum für translokale Mobilität und Netzwerke dar, die sich – insbesondere in Syrien – nur mit Duldung der nationalstaatlichen Sicherheitsdienste entwickeln konnten.

Im pro-westlichen Jordanien werden solche Aktivitäten stärker polizeilich überwacht, das Mobilisierungspotenzial an der gesellschaftlichen Basis ist jedoch ebenso nachweisbar. Denn anders als die US-Administration und einzelne Forscher/innen (Lasensky 2006, S. 9 f.) betonen, unterstützen auch hier lokale Gemeinschaften islamistisch legitimierte Terroranschläge im sunnitischen Kernland des Irak. Sie unterminieren somit indirekt auch die Politik des jordanischen Regimes unter König Abdallah II. (Bank 2007a, S. 324). Die nordjordanische Trabantenstadt Zarqa ist hierbei nicht nur als Heimatort und Namensgeberin des jordanischen Topterroristen im Irak, Abu Mus'ab az-Zarqawi, symbolisch bedeutsam. Mit ihrer hohen Arbeitslosen- und Armutsrate, vor allem unter der mehrheitlich palästinensisch-jordanischen Bevölkerung, sowie der gerade unter Jugendlichen umfassenden Perspektivlosigkeit besitzt Zarqa ein großes Reservoir radikal-islamistischer Aktivisten und Aktivistinnen, die potenziell Selbstmordanschläge verüben würden. Der jordanische Journalist Muhammad Abu Rumman betont neben diesen lokalen sozio-ökonomischen Bedingungen, dass sich in Orten wie Zarqa aus dem Ohnmachts- und Marginalisierungsgefühl heraus ein „Lifestyle“ entwickelt hat, der den offensiven Jihad im Irak als zentralen Lebenssinn postuliert und somit auch Handlungsdruck auf Nicht-Aktivisten erzeugt. In ähnlicher Weise wie Zarqa können Salt im Norden sowie das südjordani-sche Ma'an als Lokalitäten charakterisiert werden, in denen sich ein „jihadistischer Lifestyle“ verfestigt hat und aus denen auch weiterhin radikal-islamistische Aktivist/innen in den Irak rekrutiert werden (vgl. dazu Nasr 2006, S. 227-229; Steinberg 2005, S. 240 ff.).

Diese Form der translokalen Verflechtung ruht auf historisch gewachsenen Netzwerken, die über die traditionell engen familiären und tribalen Verbindungen, etwa der Shammar-Konföderation, in den Westirak und nach Bagdad, den Zentren der sunnitisch-islamistischen Gewaltaktionen im Irak, vermittelt werden. Zudem konnten seit Kriegsbeginn 2003 vielfältige persönliche, die Grenzen zwischen Jordanien und Irak überschreitende Kontakte etabliert und ihrerseits durch neue Kommunikationstechnologien aufrechterhalten werden. Neben diesen Formen der Netzwerkbildung radikaler Islamisten zwischen Irak und Jordanien lässt sich zudem auch *inner-jordanisch* eine neue Form translokaler Verflechtung als Folge des Irakkriegs beobachten: Galten bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts nord- und südjordani-sche Lokalitäten als getrennte Sphären, so deutet die Teilnahme von circa 200 islamistischen Stammesvertretern aus Ma'an bei der Trauerzeremonie für Zarqawi, die nach seiner

Tötung durch US-Truppen und den jordanischen Geheimdienst im Irak im Juni 2006 in Zarqa abgehalten wurde, auf einen neuen translokalen Handlungszusammenhang und Ideenraum hin.

(2) Während die translokale Mobilität gewaltbereiter, islamistischer Gruppierungen eine direkte Folge von Irakkrieg und US-Besatzung darstellt, ist die spezifische Form grenzüberschreitender Verbindungen von Geschäftsleuten und anderen Wirtschaftsakteuren zwischen Irak und seinem nahen Ausland ein *indirekter* Irak-Effekt. Denn die Geschäftsverbindungen, die sich gegenwärtig im legalen wie illegalen Öl- und Benzinhandel zwischen Irak und Syrien ausbreiten und verstetigen, gehen schon auf die Periode der UN-Sanktionen gegen den Irak von 1991 bis 2003 zurück (vgl. dazu Leenders 2007, S. 965). Diese Beobachtungen decken sich mit Erkenntnissen über Handelsnetzwerke zwischen Irak und Jordanien, die ihrerseits oftmals bereits auf die Phase des ersten Golfkriegs zwischen Irak und Iran 1980-88 zurückgehen, als ein Großteil der irakischen Importe über die jordanische Hafenstadt Aqaba am Roten Meer und weiter über die Wüstenautobahn No. 10 in den Irak und hier insbesondere nach Falluja, Ramadi und Bagdad gelangte. Diese Geschäftsverbindungen zwischen Teilen des haschemitischen Regimes in Amman, transjordanischen Händlern und Lastwagenfahrern aus dem Süden und Osten auf der einen sowie Mitgliedern des irakischen Ba‘th-Regimes und deren Klienten, vor allem in den grenznahen Stammesgebieten im sunnitisch dominierten Westirak, auf der anderen Seite, überdauerten die zwölfjährige Sanktionsperiode (Parker/Moore 2007, S. 7 ff.).

So bewirkte der Irakkrieg seit 2003 eine Re-Konfiguration einer bereits länger existierenden politökonomischen Form translokaler Verflechtung. Seit Kriegsbeginn kamen neue wirtschaftliche Akteursgruppen im Irak hinzu, etwa die US-Besatzungsadministration, die schiitisch-kurdisch dominierte irakische Regierung, mit ihr affilierte Unternehmer sowie – auf den ersten Blick weniger offensichtlich – verschiedene Milizverbände, zum Teil mit vielfältigen personellen Überlappungen zu den zuvor dargestellten sunnitisch-islamistischen Organisationen. Letztere sollten – stärker als bisher – auch als ökonomische Akteure wahrgenommen werden. Die Anzahl an Entführungen ausländischer Lastwagenfahrer im Westirak deutet jedenfalls zumindest auch auf lokale Konflikte über die Kontrolle von Güterverkehr und Handelswegen hin. Wie in den 1990er Jahren kommt der jordanischen Hauptstadt Amman – „the city where the business of occupied Baghdad is really done“ (Parker/Moore 2007, S. 7) – eine herausragende Bedeutung zu: Von Amman aus operieren seit Kriegsbeginn 2003 nicht nur eine Vielfalt westlicher Regierungsinstitutionen, internationale, regionale wie lokale (Nichtregierungs-)Organisationen und Sicherheitsdienste, sondern auch einflussreiche Teile des alten Ba‘th-Regimes sowie diverse jordanische und irakische Kriegs- und Sanktionsprofiteure. Das Beispiel Ammans unterstreicht den translokalen Charakter grenzüberschreitender Wirtschaftsnetzwerke im Nahen Osten, wie sie sich gerade seit Kriegsbeginn rund um den Irak entwickelt haben.

(3) Der dritte translokale Verflechtungszusammenhang, der durch den Irakkrieg seit 2003 beeinflusst wird, betrifft die grenzüberschreitenden Netzwerke kurdischer Aktivisten. Mit dem Ende des Ba'ath-Regimes und der institutionellen Neuordnung im Irak unter der US-Besatzung sind kurdische Autonomie, Selbstbestimmung und möglicherweise Eigenstaatlichkeit im Nordirak wieder auf die politische Agenda gerückt. Besonders wichtige Akteure sind dabei die beiden zentralen irakisch-kurdischen Parteien KDP (Kurdisch-Demokratische Partei) und PUK (Patriotische Union Kurdistan). Als prominente Form der symbolischen „Ausstrahlung“ dieser kurdischen politischen Renaissance nach 2003 wird die verschärfte Gewalteskalation im Konflikt zwischen türkischer Armee und Kämpfern der (türkisch-)kurdischen Arbeiterpartei PKK interpretiert, der zum Teil auch direkt auf dem Territorium Irakisch-Kurdistans, vor allem den Kandil-Bergen, ausgetragen wird. Dieser irakisch-türkische Zusammenhang war und ist bedeutsam (vgl. Gunter 2007), stellt jedoch nur eine Dimension des translokalen kurdischen Aktivismus dar.

Hinzu kommen die Verbindungen zwischen kurdischen Aktivisten im Nordirak und in Syrien nach 2003. Die lokalen Strukturen, in denen die syrischen Kurden und Kurdinnen agieren, unterscheiden sich stark von denen der kurdischen Gemeinden im Irak, Iran und der Türkei. In Syrien sind die Wohngebiete dieser Bevölkerungsgruppe, die acht bis zehn Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, stärker zersplittert. Sie liegen in ländlichen Regionen im Nordosten (Provinz Hasakeh, an der Grenze zu Irak und Türkei) und im Norden (Kurd Dagh, an der Grenze zur Türkei) sowie in den Städten Aleppo und Damaskus. Seit den 1960er Jahren unterliegen diese einer starken politisch-juristischen Diskriminierung durch das panarabisch orientierte, syrische Ba'ath-Regime (Montgomery 2005, S. 75-125). Die räumlich-soziale Zersplitterung und politische Marginalisierung spiegelt sich auch in der Vielzahl miteinander konkurrierender kurdischer Organisationen wider; so gibt es mindestens ein Dutzend kurdischer Parteien in Syrien. Auf diese Konstellation wirkte der Irakkrieg in doppelter Weise ein: Zum einen als positives Leitbild für eine *machbare* politische Emanzipation der Kurden im Nahen Osten (vgl. Leenders 2007, S. 970 f.; s.a. Montgomery 2005), genährt durch die grenzüberschreitenden Kontakte zwischen KDP-Mitgliedern aus dem Nordirak und kurdischen Aktivisten in Nordostsyrien, insbesondere seit der de facto-Autonomie Irakisch-Kurdistans und dem seit 1991 massiv gestiegenen Grenzverkehr von Menschen, Ideen und Gütern.

Zum zweiten wirkte der Irakkrieg aber auch als direkter Auslöser für eine inner-syrische Konflikteskalation. Zentrales Ereignis waren hierbei die kurdischen Aufstände, die im März 2004 im nordostsyrischen Qamishli in Folge eines Fußballspiels ausbrachen und die von syrisch-arabischen Anhängern Saddam Husseins aus dem Grenzgebiet zum sunnitischen Westirak provoziert wurden (Hissou 2004, S. 20-22). Da sich die syrischen Sicherheitskräfte unmittelbar auf den Seiten der anti-kurdischen Provokateure positionierten und die lokalen kurdischen Proteste mit massiver Gewalt niederschlugen, „nutzten“ die Kurden ihrerseits ihre translokalen Netzwerke und mobilisierten andere kurdische Gruppen in den verschiedenen Landesteilen.

Die Aufstände weiteten sich in der Folgezeit auf die verschiedenen kurdischen Gebiete im Nordosten, Norden sowie auf Aleppo und Damaskus aus. Bis Ende März 2004 hatten sie dreißig Tote, mehrere hundert Verletzte sowie Verhaftungen von mehreren tausend kurdischen Aktivisten und Aktivistinnen zur Folge. Nach der gewaltsamen Niederschlagung dieser Massenproteste im Frühjahr 2004 ist es in der Folgezeit weiterhin punktuell zu syrisch-kurdischen Gewalteskalationen gekommen – etwa in Folge der Ermordung des kurdischen Scheichs Muhammad al-Khaznawi im Mai 2005 oder regelmäßig zum kurdischen Neujahrsfest Nourouz, zuletzt am 21. März 2008, als bei kurdischen Demonstrationen in Qamishli drei Menschen ums Leben kamen. Das Beispiel der syrischen Kurden zeigt, dass dieser Irak-Effekt der Stärkung translokaler Netzwerke zeitlich differenziert werden muss: Während die grenzüberschreitenden Wirkungen unmittelbar nach Kriegsbeginn, wie bei den kurdischen Aufständen 2004 veranschaulicht wurde, als *direkt und stark* charakterisiert werden können, sind sie vor Kriegsbeginn und auch nach 2004 eher *indirekter* Natur. Den Entwicklungen der kurdischen Frage im Irak kommt dann eine eher symbolische Bedeutung als mögliches politisches Leitbild zu.

III.3 Irakische Flüchtlinge und lokale Transformationen in Jordanien und Syrien

Neben dem Wandel regional-nahöstlicher Ordnungsstrukturen sowie den Formen translokaler Verflechtung hat der Irakkrieg seit 2003, vor allem die Gewalteskalation seit 2006, eine massive Flüchtlingsbewegung bewirkt. Dabei handelt es sich um den größten demografischen Verschiebungsprozess im Nahen Osten seit der Flucht der Palästinenser nach 1948. Dieser im Irak und der direkten arabischen Nachbarschaft besonders sichtbare und wirksame, in der europäischen Öffentlichkeit aber erst ansatzweise wahrgenommene Irak-Effekt ist aus humanitärer und aus politikwissenschaftlicher Sicht besonders relevant. Jeder fünfte Iraker ist betroffen, doch die ökonomische, politische und soziale Last dieser Flüchtlingskrise wird nur unzureichend von der internationalen Gemeinschaft geteilt.

Das UN-Flüchtlingswerk UNHCR warnte bereits im Vorfeld des Irakkriegs vor der Gefahr massiver Flüchtlingsbewegungen. Das entscheidende Ereignis, das zur Massenflucht vieler Iraker in die Nachbarstaaten beitrug, war jedoch der Bombenanschlag auf die schiitische al-Askariya-Moschee in Samarra im Februar 2006, der nicht nur eine neuerliche Eskalationsstufe der Gewalt darstellte, sondern den Kontrollverlust von US-Besatzung und irakischer Regierung im Irak deutlich manifestierte. Seit dem Frühjahr 2006 halten sich so neben geschätzten 2,2 Millionen Binnenflüchtlingen innerhalb des Irak über zwei Millionen Iraker und Irakerinnen in verschiedenen Staaten des Nahen Ostens auf. Damit haben ungefähr 4,5 der 23 Millionen Iraker ihr Zuhause seit Beginn des Irakkriegs verlassen. Die größten Gruppen irakischer Flüchtlinge leben in Syrien und Jordanien, wo sie mit geschätzten 1,5 bis 1,8 Millionen in Syrien – bei 19 Millionen Einwohner – beziehungsweise

450.000-500.000 in Jordanien – von sechs Millionen Einwohner – jeweils mindestens acht Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Kleinere Gruppen irakischer Flüchtlinge leben in Ägypten (bis zu 70.000), im Iran (circa 57.000) und im Libanon (circa 50.000) (siehe dazu Fafo 2007; International Crisis Group 2008, S. 3; Weiss Fagen 2007, S. 7, 15; Zorob 2007).

Die jeweiligen irakischen Flüchtlingsgruppen sowie der politische Umgang mit ihnen in den beiden zentralen Aufnahmegesellschaften Jordanien und Syrien lässt sich entlang der Dimensionen räumliche Verortung, juristisch-administrativer Status und sozialstrukturelle Zusammensetzung differenzieren. Zunächst ist auffällig, dass die irakischen Flüchtlinge in Jordanien und in Syrien fast ausschließlich in den jeweiligen Hauptstädten Amman und Damaskus leben: „No current refugee population in the world is so heavily concentrated in major cities, living among the local population“ (Weiss Fagen 2007, S. 6). In der Konzentration in den zentralen urbanen Räumen liegt ein erstes Charakteristikum der irakischen Flüchtlinge im Nahen Osten. Hierdurch stehen die Iraker und Irakerinnen in unmittelbarem Kontakt mit den einheimischen Bewohnern, den lokal dominanten intermediären Akteuren und Netzwerken sowie mit den jeweiligen Verwaltungs- und Sicherheitsapparaten. Anders als bei den Palästinensern nach 1948, 1967 und 1991 stellen Flüchtlingslager von Irakern in Jordanien und Syrien eine absolute Ausnahme dar.³ Ihre Präsenz auf dem normalen Wohnungsmarkt hat die Preise und Mieten in die Höhe getrieben und stellt damit ein eigenes Problem für die lokale urbane Bevölkerung dar.

Ein zweites Merkmal der irakischen Flüchtlinge betrifft ihren juristischen Status in den Aufnahmegesellschaften: In Jordanien wie in Syrien werden die Iraker von den lokalen Behörden nicht als „Flüchtlinge“ – hier verstanden im legalistischen Sinne der UN-Flüchtlingskonvention von 1951 beziehungsweise dem UN-Protokoll zum Flüchtlingsstatus von 1967 – aufgefasst, sondern vielmehr als „Gäste“ bezeichnet (siehe dazu Peteet 2007, S. 7). Damit lässt sich einerseits die „arabisch-brüderliche“ Verpflichtung der Aufnahme Not leidender Iraker begründen, gleichzeitig sind die lokalen Behörden aber von der Verpflichtung entbunden, die Grundversorgung der Iraker und Irakerinnen zu gewährleisten. Ein Großteil der irakischen Bevölkerung lebt somit illegal in Jordanien und in Syrien, entweder weil bereits der erste Grenzübertritt illegal war, oder weil sie nach einer legalen Einreise über die gewährte Visumsfrist im jeweiligen Land hinaus verblieben ist. Bisher ist es lediglich in Einzelfällen zu „Rücküberführungen“ irakischer Flüchtlinge gekommen. Vor allem aus Syrien sind im Herbst 2007 mehrere tausend, in erster Linie ärmere Familien in den Irak zurückgekehrt. Typischerweise werden die Iraker von den lokalen Behörden jedoch geduldet. Mit dem Gästestatus der Flüchtlinge können die jordanischen und

3 Interessanterweise sind es jeweils mehrere hundert palästinensisch-stämmige Flüchtlinge aus dem Irak, die im Ar-Ruwaishid Camp an der jordanisch-irakischen Grenze bzw. in den At-Tanf und Al-Walid Camps an der syrisch-irakischen Grenze leben (Human Rights Watch 2006, S. 80-82; International Crisis Group 2008, S. 5).

syrischen Behörden zudem den „einheimischen“ Bevölkerungen suggerieren, dass der Aufenthalt der Iraker ein temporäres Übergangsphänomen darstellt.

Neben diesen strukturellen Ähnlichkeiten der irakischen Flüchtlinge in Jordanien und Syrien gibt es aber auch Unterschiede. Außer den schieren Größenordnungen der irakischen Gemeinden betrifft dies ihre jeweilige sozialstrukturelle Zusammensetzung. So repräsentieren die Iraker und Irakerinnen in Jordanien überwiegend die irakischen Mittelschichten, vor allem aus dem Großraum Bagdad. Sie lassen sich in 68 Prozent sunnitische, 17 Prozent schiitische und 12 Prozent christliche Iraker differenzieren (so Fafo 2007). Das Gros der Iraker verließ ihre Heimat typischerweise mit ihren mehrere Generationen umfassenden Familien. Im jordanischen Fall kommt noch hinzu, dass ein prominenter Teil der alten Elite des irakischen Ba'th-Regimes in Amman lebt und auch gegenwärtige und vormalige Regierungsmitglieder aus der Zeit nach Saddam Hussein hier residieren. Diese Sozialstruktur unterscheidet sich grundlegend von den allein reisenden, männlichen Arbeitsmigranten, die noch während der Sanktionsperiode 1991 bis 2003 die Mehrheit der Iraker in Jordanien stellten (Chatelard 2002, S. 9). Die Iraker in Syrien repräsentieren ebenfalls die Mittelschichten, auch wenn im Vergleich zu Jordanien in höherem Maße ärmere Familien vorzufinden sind. Dies hängt damit zusammen, dass Syrien im regionalen Vergleich seine Grenzen zum Irak am längsten offen hielt. Es gewährte bis 2007 einer großen Zahl von Menschen Zuflucht sowie den Zugang zu öffentlicher Gesundheitsversorgung und grundlegende Bildungsperspektiven für irakische Kinder und Jugendliche.

Vor dem Hintergrund der großen Flüchtlingszahlen in Jordanien und Syrien, ihrer räumlichen Konzentration sowie dem weithin unklaren juristischen Status vertreten seit 2006 verschiedene Forscher die These, dass die irakischen Flüchtlinge ein „regionales Sicherheitsrisiko“ (so Asseburg/Angenendt 2008) darstellen sowie als „carriers of conflict“ (so Byman/Pollack 2006) in den jeweiligen Aufnahmegesellschaften wirken und damit den Irakkrieg in die Region tragen würden. Abgesehen von der ethisch problematischen Verwendung des englischen Begriffs „carrier“, der auch mit „Überträger“, etwa lebensgefährlicher Krankheiten, übersetzt werden kann (wie Petzet 2007, S. 7 bemerkt hat), wird hier ein direkter Bevölkerungsüberschuss-Effekt nahe gelegt, der im Fall der irakischen Flüchtlinge in Jordanien und Syrien so nicht untermauert werden kann. Dies hat weniger mit den Kontrollkapazitäten der lokalen jordanischen und syrischen Behörden zu tun als mit der sozialstrukturellen Zusammensetzung der irakischen Flüchtlinge selbst. Zudem sind die geflohenen Iraker Opfer der Gewalt im Irak und nur in Ausnahmefällen auch Täter (vgl. dazu International Crisis Group 2008, S. 6). Es liegen auch keine Informationen darüber vor, dass irakische Flüchtlinge in Jordanien und Syrien in ihre Heimat zurückgekehrt wären, um dort zu kämpfen. Dies lässt zumindest kurzfristig erwarten, dass sich am flüchtlingspolitischen Status quo im Nahen Osten wenig ändern wird und die Iraker in Jordanien und Syrien zwar vor akuter Gewalt geschützt sind, zugleich

aber in einem weitgehend rechtlosen und auch perspektivlosen Zustand toleriert werden.

Mittelfristig könnte sich diese Konstellation wandeln. Erstens bei einer Verbesserung und Befriedung der Situation im Irak selbst, die möglicherweise auch die Rückkehr wohlhabender irakischer Familien zur Folge hätte, deren ökonomisches Überleben in Jordanien und Syrien auch zunehmend prekär ist. Eine weitergehende Konflikteskalation jedoch könnte ihrerseits die Spannungen an den irakisch-jordanischen beziehungsweise irakisch-syrischen Grenzen verschärfen und sich auch eskalierend auf die irakischen Gemeinden in Amman und Damaskus auswirken. Zweitens hat die Präsenz irakischer Flüchtlinge bereits zu einer starken sozio-ökonomischen Restrukturierung der lokalen Kontexte in den jordanischen und syrischen Hauptstädten beigetragen. Einerseits ist es zu einem Bauboom gekommen, der auch durch den hohen Erdölpreis und Investitionen aus den Golfstaaten forciert wird. Andererseits haben sich aber auch deutliche Preisanstiege im Hinblick auf Wohnraum und Grundnahrungsmittel ergeben, die ihrerseits sowohl die „einheimischen“ als auch die irakischen Unter- und Mittelschichten in besonderem Maße betreffen. Da die Iraker weder in Jordanien noch in Syrien über Arbeitsgenehmigungen verfügen und sich dies höchstwahrscheinlich auch nicht ändern wird, ist ein Großteil ihres lokalen Wirtschaftens semi-legal oder illegal. Auch dieser Zustand birgt ein Konfliktpotenzial.

Drittens schließlich könnten sich die bereits vorherrschenden nationalistischen Abwehrdiskurse in Jordanien und Syrien verschärfen und die Identitätsunterschiede stärker betont werden. An die Stelle des üblichen Rekurses auf arabische Brüderlichkeit träte dann die Betonung jordanischer oder syrischer Interessen. Im Falle Ammans haben Interviews mit transjordanischen Stammesvertretern und palästinensisch-stämmigen Jordaniern ergeben, dass „die Iraker“ zunehmend als Sündenböcke für die politische, soziale und wirtschaftliche Perspektivlosigkeit vor Ort verantwortlich gemacht werden. Dabei deutet sich das Paradox an, dass sich vormalig verfeindete jordanische Gruppierungen gegen die irakischen Flüchtlinge als „imaginierte Dritte“ zusammenschließen. Bisher sind dies noch Einzelphänomene, die aber zukünftig politisiert werden könnten.

IV. Irak-Effekte, Nahostpolitik und sozialwissenschaftliche Regionalforschung

Die vielfältigen Irak-Effekte auf der regionalen und den lokalen Ebenen wurden hier erstmals in einen heuristischen Zusammenhang gestellt. Dabei ist deutlich geworden, dass die Prozesse der regionalen Neuordnung, die veränderte translokale Mobilität von sunnitischen Islamisten, Geschäftsleuten und kurdischen Aktivisten sowie die Flüchtlingskrise bereits für sich genommen zentrale Effekte des Irakkrieges nach 2003 darstellen. Darüber hinaus deuten sich vielfältige multikausale Verflechtungen

zwischen regionalen und lokalen Wandlungsprozessen an, die zukünftig stärker in den Blick genommen werden sollten.

Die Mehrebenenperspektive bietet hierfür einen sinnvollen Analyserahmen. Sie ruht auf einer Verknüpfung gängiger vergleichender Nahostforschung mit Ansätzen, die es erlauben, die vielfältigen sozialen, kulturellen und ökonomischen Transformationen auf der Mikro- und Mesebene, die die nahöstliche Politik derzeit prägen, zu erfassen. In klassischer, auf das Regime und seine Eliten fokussierter Forschung bleiben diese Umwälzungen, die nicht von politischer Transition begleitet werden, jedoch weitgehend unbearbeitet.

Solche Veränderungen konkretisieren sich auf der lokalen und, wie wir zeigen konnten, auch auf der translokalen Ebene, die gleichermaßen durch institutionelle Diffusität, eine Vielzahl konkurrierender Akteure und umstrittene Hegemonialansprüche des Nationalstaats gekennzeichnet sind. In den Hauptstädten ebenso wie in peripheren Lokalisationen lassen sich hier neue Handlungsspielräume unterschiedlicher – marginalisierter, von den Sicherheitsdiensten bekämpfter, aber gelegentlich auch ressourcenstärker – Akteure nachweisen.

Der Gewinn einer solchen Analyse von „Politik von Unten“ lässt sich auch am Beispiel der Flüchtlingsfrage zeigen. Ihre Ankunft in irakischen, syrischen oder jordanischen Gemeinden verändert lokale Machtgefüge, ihr Aufenthaltsstatus wird jedoch auf der nationalstaatlichen Ebene gesteuert und ihre Versorgung häufig auch durch internationale nicht-staatliche Akteure sichergestellt. Daran schließen sich viele neue Forschungsfragen an: Wie interagieren lokale und internationale Akteure? Wie wirken sich die sozio-ökonomischen Differenzen innerhalb der irakischen Diaspora auf deren Handlungsfähigkeit im Gastland aus? Und welche Bedeutung hat die Anwesenheit irakischer Flüchtlinge für politische Ökonomie und Identitätsdiskurse in den Aufnahmegesellschaften? Gleiches gilt für die anderen hier untersuchten Fälle: Gibt es eine weitergehende politisch-ideologische Annäherung von Tribalismus und aktivistischem sunnitischen Islamismus, wie sich im Falle Jordaniens andeutete? Und welche Wechselwirkungen bestehen zwischen der Konsolidierung der Kurden im Nordirak und dem politischen und sozialen Wandel in den grenznahen kurdisch geprägten Gebieten in Syrien, aber auch in der Türkei und im Iran? Translokale Strukturen sind in hohem Maße dynamisch und wandelbar. So muss analytisch nicht nur synchron zwischen unterschiedlichen Handlungsebenen differenziert, sondern auch die historische Tiefe von ethnisch oder radikal-islamistisch strukturierten Netzwerken mit einbezogen werden. Denn Irak-Effekte treten nicht in einem a-historischen und vor-sozialen Raum auf, sondern stoßen auf sehr spezifische Bedingungen, die sich, wie am kurdischen Beispiel deutlich wurde, auch in kurzer Zeit stark verändern können. Aus direkten und starken Effekten werden dann indirekte. Diese Effekte, Prozesse und Akteure sind jedoch nicht nur für ein besseres Verständnis nahöstlicher Staatlichkeit zentral, sondern auch für die Entwicklung nachhaltiger und friedensförderlicher internationaler Politik in der Region. Unter-

komplexe Problemanalysen, so hat das Beispiel amerikanischer Irak-Politik in tragischer Weise gezeigt, sind nicht nur ein akademisches Problem.

Politisch folgt daraus, dass die Folgen des Irakkrieges nicht allein mit Blick auf Gewalt, Terrorismus und Sicherheit diskutiert werden sollten, auch wenn das ohne Zweifel zentrale Dimensionen des Problems sind. Die hier vertretene Perspektive unterstreicht die historischen, sozialen und ökonomischen Kontexte politischen Handelns in formalen Institutionen und informellen Netzwerken gleichermaßen. Es wurde deutlich, dass die Irak-Effekte vor allem die translokale Mobilität von Menschen, Gütern, Ideen und Symbolen beeinflussen und verändern. Insofern ist die Bearbeitung des Irakkonflikts nicht nur auf eine Abkehr von Konfrontation und Gewalt, sondern vor allem auch auf eine regionale Perspektive angewiesen. Ohne die arabischen Nachbarn, die Türkei und den Iran und ohne Einbeziehung der größeren regionalen Konfliktkonstellation wird es keine nachhaltige Befriedung geben können. Nicht zuletzt zeigen die Beispiele der radikalen Islamisten, der Geschäftsleute und der Flüchtlinge, dass „externe“ Akteure, seien sie iranisch, arabisch, israelisch, europäisch oder amerikanisch, angemessener als *regionale und lokale* Akteure in einem komplexen Handlungs- und Institutionengeflecht im Nahen Osten aufgefasst werden sollten. Ein solcher Perspektivwechsel erlaubt es auch, die nicht-intendierten Effekte internationaler Intervention und Entwicklungshilfe genauer zu untersuchen: So kann die finanzielle Unterstützung bestimmter Gruppen fragile lokale Gleichgewichte stören und zur Intensivierung von Konflikten anstatt zu ihrer Bearbeitung beitragen. Und schließlich sollten die irakischen Nachbarstaaten bei der finanziellen und humanitären Bewältigung der Flüchtlingskrise sehr viel stärker als bisher von Europa und den USA unterstützt werden.

Literatur

- Arab Human Development Report, 2004: Freedom and Good Governance in Arab Countries, New York.
- Asseburg, Muriel und Steffen Angenendt, 2008: „Die irakische Flüchtlingskrise. Ein regionales Sicherheitsrisiko“, in: Internationale Politik, S. 52-57.
- Asseburg, Muriel und Guido Steinberg, 2007: „Konfliktdynamik im Nahen und Mittleren Osten“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 19, S. 6-12.
- Bank, André, 2007a: „Jordan“, in: Congressional Quarterly Press (Hrsg.), The Middle East, 11. Aufl., Washington D.C., S. 307-324.
- Bank, André, 2007b: „Staatskonzeptionen und der Vordere Orient – Genese, politsoziologische Trends und Forschungsperspektiven“, in: Holger Albrecht (Hrsg.), Der Vordere Orient. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Baden-Baden: Nomos, S. 43-61.
- Bayart, Jean-François, Achille Mbembe und Comi M. Toulabor, 1992: Le Politique Par le Bas en Afrique Noir, Paris: Karthala.
- Beck, Martin, 2005: „Zivilmacht versus Macht? Die europäische und US-amerikanische Außenpolitik gegenüber dem Vorderen Orient im Vergleich“, in: Orient 46, S. 446-467.
- Brisard, Jean-Charles, 2005: Zarqawi. The new face of Al-Qaeda, New York: Other Press.

- Byman, Daniel L. und Kenneth M. Pollack, 2006: "Iraqi Refugees: Carriers of Conflict", in: *The Atlantic Monthly*, November.
- Chatelard, Géraldine, 2002: *Iraqi Forced Migrants in Jordan: Conditions, Religious Networks, and the Smuggling Process*, European University Institute Working Papers: Mediterranean Programme Series, RSC No. 2002/49.
- Dodge, Toby, 2005: "Iraqi Transitions: from Regime Change to State Collapse", in: *Third World Quarterly* 26, S. 705-721.
- Fafo, 2007: *Iraqis in Jordan 2007. Their Number and Characteristics*, Oslo.
- Fawn, Rick und Raymond Hinnebusch (Hrsg.), 2006: *The Iraq War: Causes and Consequences*, Boulder: Lynne Rienner.
- Freitag, Ulrike, 2005: *Translokalität als ein Zugang zur Geschichte globaler Verflechtungen*, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2005-06-001> (25.7.2008).
- Gunter, Michael M., 2007: *The Kurds Ascending. The Evolving Solution to the Kurdish Problem in Iraq and Turkey*, New York: Palgrave.
- Harders, Cilja, 2008: "Regional Cooperation after September 11th 2001: The Emergence of a New Regional Order in the Middle East", in: Cilja Harders und Matteo Legrenzi (Hrsg.), *Beyond Regionalism? Regional Cooperation, Regionalism and Regionalisation in the Middle East*, London: Ashgate, S. 33-50.
- Harders, Cilja, 2002: *Staatsanalyse von unten. Urbane Armut und politische Partizipation in Ägypten*, Hamburg: Deutsches Orient Institut.
- Hinnebusch, Raymond, 2005: "The Politics of Identity in Middle East International Relations", in: Louise Fawcett (Hrsg.), *International Relations of the Middle East*, Oxford: Oxford University Press, S. 151-171.
- Hissou, Ahmad, 2004: „Ein verkanntes Problem. Die Ereignisse von Qamishli“, in: *inamo* 40, S. 20-22.
- Hudson, Michael C. (Hrsg.), 1999: *Middle East Dilemma. The Politics and Economics of Arab Integration*, New York: J.B. Tauris.
- Human Rights Watch, 2006: "The Silent Treatment". *Fleeing Iraq, Surviving in Jordan*, November.
- International Crisis Group, 2008: *Failed Responsibility: Iraqi Refugees in Syria, Jordan and Lebanon*, Middle East Report No. 77, 10. Juli.
- Lasensky, Scott, 2006: *Jordan and Iraq. Between Cooperation and Crisis*, Washington D.C.: United States Institute of Peace, Special Report 178.
- Leenders, Reinoud, 2007: 'Regional Conflict Formations': Is the Middle East next?, in: *Third World Quarterly* 28, S. 959-982.
- Montgomery, Harriet, 2005: *The Kurds of Syria. An existence denied*, Berlin: Europäisches Zentrum für Kurdische Studien.
- Nasr, Vali, 2006: *The Shia Revival. How Conflicts Within Islam Will Shape the Future*, New York: Norton.
- Nonnemann, Gerd (Hrsg.), 2005: *Analyzing Middle East Foreign Policies and the Relationship with Europe*, London: Routledge.
- Ottaway, Marina, Nathan J. Brown, Amr Hamzawy, Karim Sadjadpour und Paul Salem, 2008: *The New Middle East*, Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace.
- Parker, Christopher und Pete W. Moore, 2007: "The War Economy in Iraq", in: *Middle East Report* 243, S. 6-15.
- Pawelka, Peter, 2002: „Der Staat im Vorderen Orient: Über die Demokratie-Resistenz in einer globalisierten Welt“, in: *Leviathan* 30, S. 431-454.
- Perthes, Volker, 2000: *Vom Krieg zur Konkurrenz. Regionale Politik und die Suche nach einer neuen arabisch-nahöstlichen Ordnung*, Baden-Baden: Nomos.
- Perthes, Volker und Oliver Schlumberger, 2007: „Regionale Ordnung, externe Akteure und die Frage politischer Reformen im Vorderen Orient“, in: Holger Albrecht (Hrsg.): *Der Vordere Orient. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, Baden-Baden: Nomos, S. 43-62.

-
- Peteet, Julie, 2007: "Unsettling the Categories of Displacement", in: Middle East Report 244, S. 2-9.
- Schlumberger, Oliver (Hrsg.), 2007: Debating Arab Authoritarianism: Dynamics and Durability in Nondemocratic Regimes, Stanford: University Press Stanford.
- Steinberg, Guido, 2005: Der nahe und der ferne Feind. Die Netzwerke des islamistischen Terrorismus, München: C.H. Beck.
- Valbjørn, Morten und André Bank, 2007: "Signs of a New Arab Cold War: The 2006 Lebanon War and the Sunni-Shi'i Divide", in: Middle East Report 242, S. 6-11.
- Weiss Fagen, Patricia, 2007: Iraqi Refugees: Seeking Stability in Syria and Jordan, Washington D.C.: Georgetown University, Institute for the Study of International Migration.
- Zorob, Anja, 2007: Flüchtlingskrise im Nahen Osten: Jordanien und Syrien überfordert, Hamburg: GIGA-Focus Nahost No. 9 (September).